

Mittwoch,  
20. Mai 1914.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 234.

53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt  
erscheint  
an allen Werktagen  
zweimal.  
Der Bezugspreis beträgt  
jeweils  
in den Geschäftsstellen 3,00,  
in den Ausgabestellen 3,25,  
frei ins Haus 3,50,  
bei allen Postanstalten des  
Deutschen Reiches 3,50 M.

Fernspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

# Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Anzeigenpreis  
für eine kleine Zeile im  
Anzeigenteil 25 Pf.  
Reklamenteil 80 Pf.  
Stellengebühr 15 Pf.  
Anzeigen nehmen an  
die Geschäftsstellen  
Tiergartenstr. 6  
St. Martinstr. 62  
und alle  
Annzenbüros.  
Telegr.: Tageblatt Posen.

Kundungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

## Der Verräter Essad Pascha.

Wie schon gemeldet, ist der zum Kriegsminister ernannte frühere Führer der Albaner, Essad Pascha, verhaftet worden. Die aus Durazzo einlaufenden Nachrichten lauten äußerst besorgniserregend und alarmierend. Die österreichisch-ungarischen und italienischen Kriegsschiffe haben in Durazzo bereits Truppen gelandet, um die Fürstenfamilie zu schützen. Die Verhaftung und Gefangenennahme Essad Paschas hat nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch in den Kreisen der Beys einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.

In der letzten Zeit wurde in der öffentlichen Meinung gegen Essad Pascha wiederholt der Vorwurf erhoben, daß er mit türkischen Agenten Verbindungen unterhalte und an verschiedenen Komplotten gegen den albanischen Staat beteiligt sei. Insbesondere wird behauptet, daß er mit dem jungen türkischen Agenten Arif Fikret gemeinsame Sache mache und dessen Hezereien gegen den nationalen albanischen Staat im Geheimen unterstütze.

In der Verhaftung Essad Paschas sieht man in Wien den Beweis, daß der Fürst das Doppelspiel Essad Paschas durchschaut habe und nicht gewillt ist, dessen Machenschaften zuzusehen. Essad Pascha hat in den letzten Tagen das Gericht verbreiten lassen, daß die Bevölkerung von Skutari aus Anlaß des bevorstehenden Besuches des Fürsten Demonstrationen plane. Tatsache ist jedoch, daß die Bevölkerung von Skutari ganz auf der Seite des Fürsten steht und von ihm die Entsetzung Essad Paschas verlangte.

### Kampf mit der Leibgarde Essads.

Über die Nebenumstände, unter denen Essad verhaftet wurde, wird noch berichtet:

Gestern, Dienstag früh entwickelte sich ein Kampf zwischen holländischer Gendarmerie und der Leibgarde Essad Paschas.

Das Hans Essad Paschas wurde beschossen.

Das Gesetz endete mit der bereits gemeldeten Gefangenennahme Essad Paschas, der sich gegenwärtig an Bord des österreichisch-ungarischen Kriegsschiffes „Szigetvar“ in Gewahrsam befindet.

### Graf Berchtold über die Lage in Albanien.

Über die Verhältnisse in Albanien gab in der geistigen Plenarversammlung der österreichisch-ungarischen Delegation in Wien der österreichische Minister des Auswärtigen Graf Berchtold eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

„Augesichts von Nachrichten, die heute über die Lage in Albanien und die Inspektion der Situation eintreffen, möchte ich mir erlauben, unsere diesbezüglichen Informationen zur Kenntnis der hohen Delegation zu bringen. In den letzten Tagen haben sich die Gegensätze zwischen den Anhängern Essad Paschas und deren Gegner außerordentlich verschärft, und in der Umgebung von Durazzo zu einer außerordentlichen Erregung geführt, was in der Stadt Durazzo selbst zu Besorgnissen Anlaß gegeben hat. Zum Schutz und zur Sicherheit des Fürstlichen Hauses haben die Kommandanten unseres Stationschiffes, nämlich des italienischen und des österreichisch-ungarischen, im gegenseitigen Einvernehmen die Landung von Matrosendetachements verfügt, doch ist es bisher zu ersten Unruhen nicht gekommen. Die italienische Regierung, die nur ein viel kleineres Kriegsschiff als das unsrige ist, vor Durazzo liegen hatte, hat ihre Torpedobootsflottille, die seit einigen Tagen vor Durazzo liegt, vorbereitet. Essad Pascha befindet sich an Bord unseres Kriegsschiffes. Für den Augenblick muß ich mich auf diese Nachrichten beschränken und behalte mir vor, weitere Nachrichten im Laufe der Tagung der Delegation dieser zur Kenntnis zu bringen.“

### Vier österreichische Schlachtschiffe nach Durazzo abgegangen.

Aus Durazzo wird weiter gemeldet: Eine österreichisch-ungarische Schiffsdivision bestehend aus vier Schlachtschiffen, ist nach hier abgegangen. Die Kriegsschiffe werden noch weitere Truppen landen. Über die Entwicklung der Ereignisse in Albanien ist man in Wiener diplomatischen Kreisen auf das höchste gespannt. Man hält die Lage Albaniens in Wien für äußerst gefährdend.

### Essad Pascha feuert als erster auf das fürstliche Schloß.

Wien, 19. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet nach dem Triester „Picolo“ aus Durazzo: Nach einer stürmischen Audienz beim Fürsten hat Essad Pascha gestern nachmittag seine Demission gegeben. Darauf organisierte Essad Pascha mit seinen Anhängern eine Revolte. Er gab heute früh selbst das Signal zum Kampf, indem er den ersten Schuß gegen das fürstliche Palais abfeuerte. Die von österreichischer Seite gelandete Batterie erwiderte sofort das Feuer. Es gab mehrere Tote und Verwundete. Sofort wurden mehrere Kontingente österreichischer und italienischer Matrosen gelandet, welche das Haus Essad Paschas umlagerten und die Stadt besetzten. Essad Pascha und sein Gemahl wurden auf das österreichisch-ungarische Stationsschiff gebracht.

### Essad Organisator der Aufstandsbewegung.

Rom, 19. Mai. Die Agenzia Stefani meldet aus Durazzo: Bald nach der Ankunft des Admirals Trifari hörte man Kanonenläufe und sah, daß vom Palast des Fürsten Hilfsignale gegeben wurden. Um die Familie des Fürsten in Sicherheit zu bringen, wurden sofort Matrosen gelandet. Essad Pascha, den man als den Organisator der Aufstandsbewegung betrachtet, wurde auf das Stationsschiff gebracht.

Durazzo, 19. Mai. (Wienercorr.-Bureau.) Die Aufstandsbewegung, die gestern mit dem Einmarsch der Rebellen in Durazzo einen gefährlichen Höhepunkt erreichte, bestimmte Essad Pascha, seine Leibwache auf 80 Mann zu verstärken. Dieser Umstand, sowie

das gegen Essad vorliegende Beweismaterial, das an seiner Mitschuld an den letzten Ereignissen keinen weiteren Zweifel mehr ließ,

bestimmten den Fürsten, Essad Pascha aufzufordern, seine verstärkte Wache zu entwaffnen und deren Waffen auszuliefern. Anfangs fügte sich Essad Pascha diesem Befehl. Als jedoch die angelegten Waffen fortgeschafft werden sollten, befahl Essad Pascha plötzlich seinen Leuten, sich der Waffen wieder zu bemächtigen und sich zur Verteidigung vorzubereiten. Es begann nun ein Feuergefecht zwischen den Leuten Essads und denjenigen des Fürsten, wobei ein Mann getötet und mehrere verwundet wurden. Als Geschüze das Haus Essad Paschas beschossen, nahm dieser die ihm gestellten Bedingungen an und befahl seinen Leuten die Waffen niederzulegen

und ergab sich.

Darauf wurde er durch eine österreichisch-italienische Marine-Patrouille in den Palast geführt. Bei der Ankunft Essad Paschas im Palast erschollen aus der Menge Rufe:

Nieder mit Essad!

Später durchzogen die bewaffneten Nationalisten singend die Straßen. Allmählich trat Ruhe ein.

Nieder mit Essad!

Später durchzogen die bewaffneten Nationalisten singend die Straßen. Allmählich trat Ruhe ein.

### Essad als Auftreter des Epireoten-Aufstandes?

Frankfurt a. M., 20. Mai. (Private Telegramm.) Aus Wien-Pest wird gemeldet, daß Essad-Pascha in der letzten Zeit vor seiner Verhaftung viel mit Paris und Belgrad verkehrt habe. Veranlassung zu der Verhaftung gab die Tatsache, daß Essad bis in Tirana angeworbenen Leute nicht nach Epirus, sondern auf Durazzo führte. Auch war er ohne Zweifel die Seele des Aufstandes der Mohammedaner und der Epireoten. Essad wird aus dem Lande verwiesen werden.

## Der Prinz Heinrich-Flug.

Bisher haben zwölf Offiziersflieger und drei Zivilflieger den ersten Teil des Zuverlässigkeitsfluges mit Erfolg beendet. Diese sind zum Ausflug zur dritten Strecke, die am heutigen Mittwoch nach Hamburg führt, bereit. Diese 15 sind der Rest der am Sonntag von Darmstadt abgestarteten 17 Offiziere und 8 Zivilflieger. Es sind also zehn Flugzeuge auf den beiden ersten Strecken liegen geblieben.

## Deutscher Reichstag.

261. Sitzung vom Dienstag, 19. Mai.  
(Schluß; Anfang s. Mittwoch-Morgenaugabe.)

Die Beratung des

### Etat des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Bei den Ausgaben des Reichsversicherungsamts brachte

Abg. Koch (Fortschr. Volksp.)

Beschwerden über ungerechte Belastung der Schulverbände aufgrund gewisser Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung vor.

Beim

### Etat des Reichsheeres

ist von den Deutschkonservativen, den Nationalliberalen und der Fortschritts-Volkspartei die

### Biederherstellung der Forderung für das Preßereferat

beantragt.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Neuerdings ist wiederum ein Selbstmord eines Unteroffiziers wegen schlechter Behandlung vorgekommen. Während der Kriegsminister gesagt hatte, die Tatsache, daß Juden nicht zu Reserveoffizieren gewählt würden, ist verfassungswidrig, hat er im Stenogramm abgeändert, scheint verfassungswidrig zu sein.

Generalmajor Fehr. v. Langermann und Erlencamp:

Zu den letzten Jahren sind Klagen an die Militärverwaltung darüber gelangt, daß in den Truppenteilen Mannschaften ihre Dienstzeit ableisten, die in ihrem ganzen Verhalten einen schädigenden Einfluß auf das kameradschaftliche Zusammenleben und die Gemüter junger Kameraden ausüben und sogar entstigmlich wirken. Um festzustellen, ob diese Klagen so berechtigt sind, daß Abhilfe dringend geboten ist, ist zu Berichten aufgefordert worden. Die Entscheidung steht jedoch noch aus. Im zweiten Fall handelt es sich um den Selbstmord des Unteroffiziers Rönnau. Er war ein anständiger Charakter. Sein Kompaniechef beförderte ihn zum Schießunteroffizier. Es mußte ihm allerdings eröffnet werden, daß er nach der Retrutenbesichtigung im Jahre 1914 wieder abgelöst werden würde. Die gerichtlichen Ermittlungen haben nicht ergeben, daß der Kompaniechef ihn ohne Grund getadelt oder gar zur Verzweiflung getrieben hat.

Abg. Dr. Pfeiffer (Betr.):

Die Konkurrenz der Militärmusiker wird von den Zivilmusikern schwer empfunden.

Abg. Held (nat.):

Ich kann nicht finden, daß das Verhalten der Kriegervereine bei der Beerdigung des Kameraden, bei der der Herzog von Cumberland einen Krantz gespendet hatte, zu tabeln ist. Ihre Fahne ist nicht die weiße, sondern immer noch schwarz-weiß-rot.

Abg. Müller-Meiningen (förisch. Bpt.):

Die von mir in der zweiten Lesung zitierte Kabinetsorder Friederich Wilhelms III. über die Beziehungen zwischen Bürger und Adel in der Armee besteht tatsächlich. Wenn der Kriegsminister sich auf das schlüpfige Gebiet diplomatischer Redewendungen begeben will, so mag er sich von seinem Kollegen von der Marineakademie unterrichten lassen.

### Preußischer Kriegsminister von Falkenhayn:

Der Abg. Müller-Meiningen hat mich hier interpelliert in bezug auf die angebliche Kabinetsorder. Er meinte, der Inhalt der Kabinetsorder wäre sehr zeitgemäß und aus dem Herzen des deutschen Volkes gesprochen. Weshalb er das konstatiert hat, ist mir nicht ganz klar, nachdem ich schon neulich ausgeführt habe, daß eine solche Kabinetsorder gar nicht nötig war. Es ist durchaus zutreffend, daß in dem offiziellen Stenogramm stand, „daß dieser Zustand verfassungswidrig ist“. Dieses „ist“ habe ich sofort hier in der Sitzung umgedeutet in „scheint“. Aus den Reden, die meinen Worten hier folgten, habe ich durchaus nicht entnommen, daß die Herren auf diesen Passus sich besonders stützen. Ebenso wenig aus den Presseberichten. Ich fuhr fort, daß der Zustand durch irgendwelche verfassungswidrige Maßnahmen herverursacht oder erhalten wird, muß ich bestreiten. Es gibt keine solchen verfassungswidrigen Zustände, die herverursachen werden durch rein verfassungsmäßige Handlungen. Also glaube ich daß alles, was der Herr Abg. Müller-Meiningen hier daraus gefolgt hat, nicht zutrifft.

Auf eine Anfrage des Abg. Erzberger (Btr.) betreffend die Sanitätsoffiziere erklärte

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Es ist leider nicht gelungen, die Schritte, die ich in dieser Beziehung im Auge hatte, bis heute durchzuführen. Diese Frage wird eifrig weiter verfolgt. Das Hohe Haus wird nicht nochmals Gelegenheit haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ohne daß ein Vorschlag der Regierung vorliegt.

Abg. Bassermann (nl.):

Der von uns gestellte Antrag soll die Gelegenheit geben, die Materie des Preßereferats nochmals zu erörtern und die Abstimmung der zweiten Lesung eventuell zu korrigieren.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Ich kann Ihnen nunmehr das Altenstück, das ich habe kommen lassen, vorlegen. Der Minister verlas jedoch eine Erklärung des „Reichsanzeigers“, vom 2. August 1895, aus der hervorgeht, daß die angebliche Kabinetsorder von 1798 eine Fälschung ist.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (förisch. Bpt.):

Die Vorleistung des Kriegsministers beweist nichts; die Fälschung wird dadurch nicht nachgewiesen.

Die sich deckenden Anträge Bassermann und Graf Westar auf Wiederherstellung der Regierungsforderung für das Preßereferat wurden abgelehnt. Der Antrag Ablöß wurde gleichfalls mit 173 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Der Etat der Marineverwaltung ergab keine Debatte.

Im Militär wie im Marineetat wurde entsprechend dem Antrag Beck die Gewährung der nichtpensionsfähigen Zulage von 300 M. für die Bureaubeamten der Zentralverwaltung in eine pensionsfähige beschlossen.

Bei den Abstimmungen für das Reichsgericht lag ein Antrag Dr. Spahn (Btr.) vor, einen Reichsanwalt zu streichen.

Staatssekretär Dr. Lisco

bat den Antrag abzulehnen.

Abg. Dr. Spahn (Btr.):

änderte seinen Antrag dahin ab, daß es nicht heißen soll: „einen Reichsanwalt zu streichen sondern zu sagen anstatt: „sechs Reichsanwälte mit je 18 000 Mark Gehalt fünf Reichsanwälte u. u.“

Die Abstimmung über den Antrag Spahn blieb zweifelhaft. Die Auszählung des Hauses ergab Annahme des Antrags mit 161 gegen 136 Stimmen. Ein Reichsanwalt ist also gestrichen.

Zur Geschäftsausordnung bemerkte

Abg. Schulz-Bromberg (Reichsp.):

Nach dem Brauche muß ein Antrag der noch nicht gedruckt vorgelegten hat aber angenommen worden ist, in der nächsten Sitzung ohne Debatte noch einmal zur Abstimmung gelangen. Ich mache deshalb darauf aufmerksam, daß die Annahme dieses Antrages bis dahin wirkungslos ist.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Eimmel (Soz.) zum Etat des Reichsverwaltungsamt wurde die dritte Lesung des Etat der Schuhgebiete für 1914 in die Beratung eingeschaltet. Zum Etat für das südwestafrikanische Schuhgebiet wurde ein Antrag Waldbiedermann angenommen, nach dem im Dispositiv folgende Bemerkung hinzugefügt ist: „Mit dem Bau der Ondambobahn darf erst dann begonnen werden, wenn sichergestellt ist, daß die Grundeigentümer und Besitzer von Bergwerksgesellschaften und Abgabenzonenrechten im Wirtschaftsbericht der Bahn zu einem ihrem Interesse an der Bahn entsprechenden Leistung zugunsten des Schuhgebietes herangezogen werden.“ Im übrigen wurde der Etat und das Gesetzgebot für die Schuhgebiete, sowie der Etat der Schuhgebietsschulden ohne Diskussion in dritter Lesung erledigt und im ganzen angenommen.

Beim Etat des Reichskolonialamts kam Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.) auf die Duala-Angelegenheit zurück.

Staatssekretär Dr. Solf:

Die Kolonialverwaltung will auch Gerechtigkeit für die Neger, sie kennt aber die Negerbevölkerung besser als Sie (z. d. Soz.). Es handelt sich darum, daß gegen zwei Neger, Manga Bell und seinen früheren Sekretär Din das Verfahren wegen Hochverrats eröffnet worden ist. Die Ver

# → Posener Tageblatt. ←

dann zurückzuhören. Als er aber von den Vertretern des Rechtsanwalts Halpert ausgefragt wurde, hat er gefragt: Nein, ich will in Berlin bleiben. Ich lasse mit diesen einfachen Tatbestand von Ihnen nicht verhandeln.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte ergab, daß die Abstimmung über den sechsten Reichsanwalt zu wiederholen ist.

Abg. Schulz-Bromberg (Reichsp.):

Der Haftbefehl ist ordnungsmäßig ergangen.

Abg. Frank:

Unhaltbar ist der Standpunkt, daß Deutschland als Ausland den Kolonien gegenüber angelehnen wird.

Abg. Schulz:

Woher soll es führen, wenn ein Telegramm an den obersten Beamten eines Konsuls nicht mehr als amtliches Schriftstück gelten soll?

Abg. Dr. Dove (Fortschr. Volksp.):

Zu einem Eingreifen in dieses Verfahren fehlt uns die Möglichkeit.

Abg. Erzberger (Betr.):

Nach 30 Jahren Kolonialpolitik haben wir noch nicht den elementaren Rechtsgrund für das Leben und Eigentum der Einwohner zu sichern.

Abg. Freiherr v. Reichenberg (Betr.):

Die ganze Angelegenheit von Schleinitz ist durchaus korrekt vor sich gegangen. Der Instanzweg ist vollkommen gewahrt worden. Die von Herrn von Schleinitz gegen mich erhobenen Vorwürfe, ich hätte Herrn Erzberger falsch informiert, sind unbegründet.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.):

Freiherr von Schleinitz hat außerordentliche Verdienste um Afrika. Auch nicht der Schatten eines Vorwurfs bleibt auf ihm haften.

Staatssekretär Dr. Solf:

Die weitere Beweisführung des Oberstleutnants Freiherrn v. Schleinitz in der Schutztruppe war aus sachlichen Erwägungen nicht möglich. Einen Übertritt in die Armee hat er nicht gewünscht. Seine großen Verdienste sind dadurch gewürdigt worden, daß er als Oberst den Abgang bekommen hat.

Abg. Erzberger (Betr.):

Von Herrn v. Reichenberg habe ich keinerlei Material erhalten, auch nicht von Missionen oder von einem Zeitungsverleger.

Nach weiterer Debatte wurde der Kolonialat bestimmt.

Der Etat des Reichssicherheitsamtes, der Reichsschulden des Rechnungshofes und des Allgemeinen Pensionsfonds passierten ohne Debatte.

Beim Poststatat beantragte die Rechte, die

Ostmarkenzulage

wiederherzustellen. Die Sozialdemokraten beantragten, als außerordentliche Bulage für die Unterbeamten der Landsträgerklasse je 100 Mark einzustellen.

Staatssekretär Kühn:

Der gestrige Kompromißantrag war sehr viel weitergehend als der jetzt vorliegende Antrag. Es wird hier versucht, die konstitutionelle Gleichberechtigung zwischen Bundesrat und Reichstag zu durchbrechen. Die Julagen würden gegen die Bevölkerungsordnung verstossen. Die Regierungen können sich nicht zu Mischschuldigen eines derartigen Verstoßes machen.

Abg. Dr. Spahn (Betr.):

Wir lehnen diesen Antrag ab.

Abg. Fischbeck (Fortschr. Volksp.):

Die Sozialdemokratie will, daß der Reichstag nicht vor der Regierung zurücktritt. Gestern hatte sie Gelegenheit, für die Landsträger und viele andere Unterbeamte etwas herauszuholzen. Die Sozialdemokraten stimmen immer nur mit Ja, wenn sie sicher sind, daß bei der Sache nichts herauskommt.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen und fortschrittlischen Rednern wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Daraus wurde die Ostmarkenzulage nach kurzer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 131 Stimmen abgelehnt.

Der Poststatat wurde bewilligt.

Sodann wurden ohne wesentliche Debatte auch die restierenden Etats erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Militäristat geöffnet, Rücklagen der Berufsgenossenschaften, zahlwidrige Verwendung der Gerste, Abstimmungen zum Etat.

Schluss 8½ Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung vom Dienstag, 19. Mai.

(Schluß; Anfang s. Mittwoch-Morgenausgabe.)

Dritte Beratung des Eisenbahnetats.

Minister von Breitenbach:

Ich stelle fest, daß der Abg. Leinert seine schwere Bekämpfung gegen den verdienten ersten Beamten des Bahnhofs Seelze hier ausdrücklich zurückgenommen und sein Bedauern darüber ausgesprochen hat. Die Mitteilungen des Abg. Leinert über die Zustände auf dem Bahnhof Seelze hatten mir Anlaß gegeben, durch einen Kommissar Untersuchungen machen zu lassen. Diese haben ergeben, daß nicht der geringste Vorwurf zu erheben ist (Lebhaftes Hörte, hörte!), daß der Vorsteher ein Beamter von ausgezeichnet er Führung ist. Die Unfälle, die vorgekommen sind, sind in einem Falle durch eigenes schweres Verschulden des Verunglückten und weiter durch ungünstige Zufälle geschehen. Aber der Abg. Leinert gibt das, was ihm zugeschrieben wird, ohne weiteres als bare Münze weiter. Auf Grund von Zeitungsnachrichten erheben Sie (zu den Soz.) dann schwere Beschuldigungen gegen die Beamten. Das ist die alte Methode der Sozialdemokratie. Herr Leinert hat in einem Falle bereits gewußt, daß die Unfälle durch strafliche Leichtfertigkeit herbeigeführt worden sind. Aber das ist ja noch gar nicht festgestellt, die Untersuchung ist im Gange, und Herr Leinert greift einfach der Untersuchung vor. Er will damit nur Stimmen für seine Partei machen. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Die Vorwürfe, die der Abg. Leinert anläßlich des Unglücksfallen in Hannover gegen uns richtete, sind ebenfalls unbegründet. Die Verwaltung hat ausdrücklich angeordnet, daß alle baulichen Veränderungen auf dem Bahnhof mit der größten Vorsicht vorgenommen werden sollen. Der Minister geht sodann auf die einzelnen Vorwürfe des Abg. Leinert ein und weist sie als unberechtigt zurück.

Abg. Frhr. v. Reichenstein (kons.):

wendet sich gegen die Rede des Abg. Wagner. Herr Wagner scheint über die Vorgänge in Breslau nicht unterrichtet zu sein.

Hierauf wird ein Antrag auf Schlüß der Debatte angekommen.

Personlich bemerkte

Abg. Dr. Wagner (freikons.):

Hätte ich gewußt, daß in Breslau bereits eine Einigung mit den Ärzten erzielt sei, so hätte ich die Rede vorhin wohl nicht gehalten.

Die Abga. Hué (Soz.) und Dr. Fleisch (Fortschr. Volksp.) befürworten, daß ihnen durch den Schlüß der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

Abg. Leinert (Soz.):

hielt gegenüber dem Minister seine Behauptungen aufrecht.

Der Eisenbahnetat wird hierauf bewilligt.

Es folgt der

Bau-Etat.

Dazu liegt ein konservativer Antrag vor, die gestrichenen 500 000 M.

für den Bau des Opernhauses nach dem Hoffmannschen Entwurf wieder einzulegen.

Abg. Frhr. von Maltzahn (kons.):

Da unser Antrag lediglich dasselbe will, wie der in der zweiten Lesung abgelehnte Kommissionsbeschuß, kann ich mit einer Begründung schenken. Der Vorwurf, daß wir infolge davon sind, ist ungerechtfertigt. Die Gegner des Hoffmannschen Projektes wollen erst das Blatt der Akademie des Bauwesens einholen. Wenn nun aber die Akademie den Hoffmannschen Entwurf billigt, so werden sie mit dem Blatt nicht zufrieden sein. Sie sind also infolge davon, sie hätten gleich einen neuen Wettbewerb beantragen sollen. (Unruhe im Bentr.) Ich beantrage über unseren Antrag na m e n t l i c h a b z u s t i m m e n. (Beifall).

Abg. Dr. Newoldt (freikons.):

Die Mehrzahl meiner Freunde wird für den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

In einer Zeit, wo es den Arbeitern so schlecht geht wie heute, wird es ungemein schwer, für den Hoffmannschen Luxusbau zu stimmen. Wir hoffen aber, daß dieser Bau noch stehen wird, wenn er längst den Charakter eines Königlichen Hofopernhauses verloren hat. (Vizepräsident Dr. Krause ruft den Redner zur Ordnung. Lebhafter Beifall rechts.)

Minister v. Breitenbach:

Es ist beabsichtigt, in neuem Opernhaus billige Säle für die minderwertigsten Bevölkerungsklassen einzuführen. Ich bitte erneut, um Verzögerungen zu vermeiden, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. Linz (Btr.):

Wir halten an unserer Auffassung fest, daß der Entwurf erst der kgl. Akademie vorgelegt werden muß.

Abg. Rosenow (Fortschr. Volksp.):

Wir sind der Meinung, daß wir Entwürfe genug gehabt haben und endlich den Hoffmannschen ausführen müssen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Fischbeck (nl.) und Pieckler (Fortschr.) wird der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 145 Stimmen angenommen.

Der Etat wird bewilligt. Ohne Erörterungen werden eine Reihe Etats erledigt.

Es folgt der

**Etat des Ministeriums des Innern.**

Ein Antrag Dr. König (Btr.) fordert die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die Regierung ermächtigt, für Hypothekendarlehen, die an gemeinnützige Vereine oder einzelne Staatsarbeiter oder Staatsbeamte gewährt werden, Bürgschaften bis zu einem gewissen Betrag zu übernehmen.

Abg. Dr. König (Btr.) begründet den Antrag.

Abg. Lertel (nl.):

Die Not des Winzertaus ist groß; seine Verschuldung geht in die Millionen. Auch der Weinhandel befindet sich in einer Notlage, da der ausländische Wein vielfach der Geschmackssättigung des Publikums mehr zufügt. Das Weingesetz von 1909 ist revisionsbedürftig. Der gegenwärtige Zustand ist unhalbar; es stehen große Werte auf dem Spiel. Ramentlich im Interesse des Mittelstandes muß Wandel geschaffen werden.

Unterstaatssekretär Drews:

Der Wohnungswesen werden wir nach wie vor unsere Fürsorge widmen. Die vom Vorredner angeschnittene Frage gehört zum größeren Teil zum Etat des Landwirtschaftsministeriums. Über die Auslegung des Weingesetzes, woran mehrere Konsuln beteiligt sind, herrscht noch nicht volle Klarheit. So einfach, wie der Vorredner meint, liegt die Sache nicht. Zweifellos werden wir bei Nahrungsmitteleinschätzungen zum Einschreiten bereit sein.

Abg. A. Hoffmann (Soz.):

Die Verfolgungssucht der preußischen Behörden gegen Ausländer ist bekannt. Sie blamiert uns vor dem Auslande. Die Hebe, die aus Unlaß der Charlottenburger Denkmalschändung gegen die Sozialdemokratie veranlaßt worden ist, war stupide. Wahliche Streiche der Studenten werden nachsichtiger beurteilt. Bei den Arbeitern wird Recht und Gesetz in brutalster Weise mit Füßen getreten. Buchhändler werden zu Polizeiwilligen gemacht. Unser Buntfingstaat wird eine Erlösung sein. (Sturmische Heiterkeit.) Ihr Verbrecherstaat wird zu grunde gehen. (Vizepräsident Dr. v. Krause ruft den Plauder.)

Der Antrag Dr. König geht an die Wohnungskommission.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Fortsetzung. Schlüß 346 Uhr.

**Herrenhaus.**

7. Sitzung vom Dienstag, 19. Mai.

(Schluß; Anfang s. Mittwoch-Morgenausgabe.)

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichte.

vom 1. August 1883 bestimmt, daß für den Rechtsstreit gegen die Ablehnung eines Antrages durch die höheren Verwaltungsbehörden auf Aufnahme auf Einbürgerung und auf Entlassung, soweit durch das Gesetz ein Rechtsanspruch hierauf gewährt wird, das Oberverwaltungsgericht zuständig sein soll.

Der Gesetzentwurf wurde nach Befürwortung durch den Berichterstatter, Staatsminister Dr. v. Stolt, ohne Debatte angenommen.

Über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1902 betreffend die Hannoversche Landeskreditanstalt, berichtete Dr. Graf von Wedel-Gödens.

Der Gesetzentwurf wurde ohne Diskussion angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über die

Fürsorgeerziehung

bestimmt: Ein Minderjähriger, welcher das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann der Fürsorgeerziehung überwiegen werden, wenn die Voraussetzungen des § 1666 oder des § 1838 des B.-G.-W. vorliegen und die anderweitige Unterbringung zur Verhütung der Vermehrung erforderlich ist, aber nicht ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel erfolgen kann."

Über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1902 betreffend die Hannoversche Landeskreditanstalt, berichtete Dr. Graf von Wedel-Gödens.

Der Gesetzentwurf wurde ohne Diskussion angenommen.

Geheimrat Schlosser hielt die Bedenken des Herrn von Dzembrowski nicht für begründet und bat, den Entwurf in der vorliegenden Fassung anzunehmen.

Frhr. von Richthofen-Dambski:

Die Bedenken des Herrn von Dzembrowski erscheinen doch nicht ganz unbegründet. Ich beantrage Verweisung des Gesetzentwurfs an die Kommunalkommission.

Der Gesetzentwurf wurde der Kommunalkommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die

Erweiterung des Geltungsbereichs einer Bestimmung der allgemeinen Gewerbeordnung

bisagt, daß die Konzessionspflicht zum Betrieb eines stehenden Gewerbes für juristische Personen des Auslandes auch auf diejenigen Landesteile ausgedehnt wird, die nach Inkrafttreten dieser Bestimmung (22. Januar 1881) der preußischen Monarchie angegliedert worden sind.

Über den Gesetzentwurf Dr. Rive befürwortete die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Das Hans beschloß demgemäß.

Ohne Debatte wurden nach Befürwortung des Berichterstatters Grafen v. Hutteng-Czapski drei Gesetzentwürfe über die Übertragung der Amtsgerichtsbezirke Nienburg (Westfalen) und Schleiden, der Amtsgerichtsbezirk Osterwick

und Nienburg und der Amtsgerichtsbezirk Osterwick und Wanzen verabschiedet.

Es folgte eine Reihe von Petitionen.

Über die Petition des Deutschen Technischen Verbandes zu Berlin um Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der technischen Gemeindebeamten ging das Haus zur Tagesordnung über.

Bei den Petitionen um Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über die Reisepflicht der Beamten und Lehrer oder Einschränkung der Reisepflicht auf die durch das unmittelbare Dienstinteresse bedingten Fälle beantragte

Berichterstatter Oberbürgermeister Scholz-Danz im Namen der Kommunalkommission ebenfalls Übergang zur Tagesordnung.

Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg:

Ich bedauere,

# → Posener Tageblatt. ←

bent und Vizepräsident werden würden, sondern daß man eine Vereinbarung auf einen nationalliberalen Präsidenten treffen werde.

\*\* Der Verein deutscher Zeitungsverleger, der vom 17. bis 20. Mai in Köln a. Rh. tagt, hielt gestern unter Vorsitz von Dr. Faber-Magdeburg, seine eigentliche Hauptversammlung ab, an welcher als Ehrengäste teilnahmen der Gouverneur General-Lieutenant von Wandel, Regierungspräsident Dr. Steinmeier, Polizeipräsident von Olafsenapp, der Erste Beigeordnete Adenauer, der Präsident der Handelskammer und Inhaber der „Kölischen Zeitung“ Geh. Kommerzienrat Dr. Neven du Mont und andere Herren der Stadtverwaltung.

Nach Begrüßungsansprachen des Regierungspräsidenten, des Beigeordneten und des Handelskammerpräsidenten hielt der Syndikus des Städtedages Dr. Luther einen überaus interessanten und lehrreichen Vortrag über die Bedeutung des kommunalen Lebens für die Öffentlichkeit, sodann Dr. Krumhaar-Liegnitz und Dr. Spittel-Karlsruhe, Vorträge über Fachfragen. In weiterer Abwicklung der Tagesordnung folgten eingehende Verhandlungen über interne Fragen des Zeitungswesens. Die aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder Bachem-Köln, Dr. Faber-Magdeburg, Ullstein-Berlin und Wyneken-Königsberg wurden durch Zuruf wiedergewählt und als Ort für die Hauptversammlung im nächsten Jahre Karlsruhe bestimmt. Um Abend fand ein Festessen mit Beteiligung der Behörden und morgen findet auf Einladung des rheinisch-westfälischen Kreisvereins eine Rheinsahrt statt.

\*\* Die Ausländer und der Wehrbeitrag. Die von einigen ausländischen Regierungen erhobenen Einsprüche gegen die Heranziehung der Ausländer zum Wehrbeitrag sind, wie unser Berliner Vertreter meldet, bereits erledigt. Die Reichsregierung hat den betreffenden Regierungen den Nachweis geliefert, daß die bestehenden Verträge auf keinen Fall einer solchen Heranziehung der Ausländer im Wege stehen, da es sich keineswegs um eine Kriegsteuer handele.

\*\* Verhältniswahl in Baden. Die badische Zweite Kammer des Landtages beriet gestern über die Anträge der Nationalliberalen und Fortschrittsler betreffend die Einführung der Verhältniswahl. Staatsminister Freiherr von Dusch erklärte, die Regierung verkenne nicht, daß der Verhältniswahl ein Ideal zugrunde liege, allein sie stehe auf dem Standpunkt, daß ein in größerem Stil wirklich erprobtes System noch nicht vorhanden sei. Die Regierung sei zu dem Ergebnis gekommen, daß ein zwingender Grund zur Änderung der Verfassung nicht vorliege, und daß in der Tat die parlamentarische Vertretung den Willen des Volkes wieder gebe. Das Zentrum erklärte sich gegen die allgemeine Verhältniswahl zum Landtag. Die Anträge betreffend die Einführung der Verhältniswahl wurden schließlich mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

\*\* Besuch englischer Arbeiter in Berlin. Kurz nach 7 Uhr trafen gestern in Berlin auf dem Lehrter Bahnhof hundert englische Arbeiter, zumeist Mitglieder der Trade Union, im Auftrage einer großen Zahl englischer Arbeiter als Friedensdeputation ein. Sie wurden von einer sehr zahlreichen Deputation der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften und der Christlichen Gewerkschaften empfangen. Der Führer der Deputation, Parteisekretär Erkelenz von den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, richtete an die Gäste eine Ansprache, die in ein lebhaft aufgenommenes Hoch auf die englischen Gäste auslang. Die Gäste wurden in Autos nach dem nahegelegenen Ausstellungspark geleitet, wo dem Vernehmen nach Staatssekretär a. D. Dernburg die englischen Abgesandten begrüßt wurden.

## Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 20. Mai.

A. Evangelische Militärgeistliche. Durch Verfügung des Evangelischen Feldpropstes der Armee: Versetzt: Scheibe, Div.-Pfarrer der 10. Div. in Posen, Bus. Div.-Pfarrer der 4. Div. Bromberg, zur 34. Div. nach Neubrandenburg, Kad.-Hauspfarrer in Wahlstatt, als Div.-Pfarrer zur 4. Div. nach Bromberg. Ernannt: Zum Div.-Pfarrer der Mil.-Kirchliche Stelle der 10. Div. in Posen.

○ Militärische Besichtigungen. Am nächsten Montag, 5½ Uhr nachmittags, trifft der Kommandierende General des V. Armeekorps, von Strantz, in Begleitung des Chefs des Generalstabes, Obersten Meister, und des Majors im Generalstab, Dove, von Posen kommend, in Sprottau ein und begibt sich von hier im Kraftwagen nach dem Truppenübungsplatz Neuhammer. Dienstag, den 26. Mai, vormittags, findet die Besichtigung der 18. Infanterie-Brigade (Gren.-Regt. Nr. 7 und Inf.-Regt. Nr. 154) unter dem Kommando des Generalmajors Falckenheiner statt. Vormittags 11 Uhr erfolgt die Weiterreise von Neuhammer nach Lüben. Ankunft hier 3½ Uhr nachmittags, wo im Hotel zum Grünen Baum Quartier genommen wird. Abends 7 Uhr ist ein Zusammensein mit dem Offizierkorps. Mittwoch, 27. Mai, vormittags, werden drei Eskadrons des Dragoner-Regts. Nr. 4 besichtigt. Nachmittags 12½ Uhr erfolgt die Rückreise des Kommandierenden Generals von Lüben nach Posen, Ankunft hier 6½ Uhr abends.

A. Ordensauszeichnungen. Dem bisherigen Hilfsbahnhofwärter Bannick in Dördau ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens, dem Bahnhofsauflaufwärter a. D. Richter in Bahrzow, Kreis Glatow, dem Eisenbahnhilfsrotternführer a. D. Schütz in Dördau und dem Bahnwärter a. D. Litznerski in Löbau B.-Pr. das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

A. Erledigte Rentmeisterstelle. Die Rentmeisterstelle bei der Königlichen Kreisförsterei in Beestow, Regierungsbezirk Potsdam, ist zu besetzen.

rp. Neue Postanstalt in Deutsch-Südwestafrika. In Gründorf (Deutsch-Südwestafrika) ist am 12. April in Verbindung mit der dort bereits bestehenden Telegraphenanstalt eine Postanstalt eingerichtet worden, deren Tätigkeit sich auf die Annahme und Ausgabe von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen erstreckt. — Die Postanstalt in Groß-Barmen (Deutsch-Südwestafrika) ist aufgehoben worden, an diesem Orte besteht nur noch eine Telegraphenanstalt.

A. Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh + 0,38 Meter, gegen + 0,40 Meter gestern früh.

\* Grafschaft, 18. Mai. Bei einem Besucher in einem Orte des Kreises Grafschaft blieb ein Knecht dieser Tage im Bett liegen und erklärte, er könne nicht mehr laufen. Nur war guter Rat teuer. Die Arbeit drängte, der Knecht blieb aber frant. Hübisch auf Stroh gebettet, mit Decken reichlich überdeckt, fuhr der Herr tiefbestimmt eigenhändig den schwerkranken Knecht auf einem Planwagen hierher zum Arzte. Als hier nach wiederholtem Rufen aus dem Wagen keine Antwort erfolgte und der Herr selber hineinsah, war der Knecht spurlos verschwunden. Unverrichteter Sache fuhr der Besucher wieder heim, dort aber war der „schwerkranke“ Knecht schon lange auf dem Felde und achtete fleißig draußen los. Die Kürze vor dem Doktor hatte den Simulanten zur Arbeit getrieben.

f. Witkowo, 19. Mai. Auf dem grünen Markt stand heute die Stutzenprämierung durch die Prüfungskommission des landwirtschaft-

lichen Kreisvereins unter dem Vorsitz des Landstallmeisters Kielesch statt. Borgeführt wurden 42 Mutterküten mit Saugjohlen, 26 Küchjohlen ohne Füllen und 16 Sintjohlen. An Prämien wurden 7 Geldpreise und 27 Freibechene verteilt.

rp. Hohenholza, 19. Mai. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurde der auf 12 Jahre wiedergewählte Stadtbaudrat Baumgarten durch den Oberbürgermeister Treinies in sein Amt wieder eingeführt. Zur Roten Kreuz-Sammlung wurden 250 M., dem Verein Kinderort 300 M., für das Gaujägerfest 200 M., dem Verein Kinderort 300 M., für das Gaujägerfest 200 M. und für die Tagung der Gemeindebeamten der Provinz 300 M. bewilligt. Das Gehalt der Nachtwächter wurde von monatlich 75 M. auf 80 M. und nach drei Dienstjahren auf 85 M., das des Obernachtwächters von jährlich 1200 M. auf 1300 M. erhöht. — In der Generalversammlung des Vereins deutscher Katholiken wurde Rektor Matthesky wiederum zum Vorsitzenden gewählt. Die Mitgliederzahl beträgt 104.

K. Strelno, 18. Mai. In der Generalversammlung des Landwehrvereins wurden in den Vorstand wieder- oder neuwählt: Domänenpächter, Oberamtmann Luther-Waldau zum Vorsitzenden, Distriktskommissar Wachmann zum stellvertretenden Vorsitzenden, Stadtsekretär Schreiber zum Schriftführer, Oberpoststallmeister Kloß zum stellvertretenden Schriftführer, Kaufmann Morawieck zum Kendanten, Hotelbesitzer Schulz zum Kammerunteroffizier, Rentier Baukus zum stellvertretenden Kammerunteroffizier. Die neu ausgearbeiteten Vereinsstatuten wurden genehmigt. — Feuer zerstörte in der vergangenen Nacht den Dachstuhl des Tischlermeisters Stanislaus Lagocki.

ng. Wissel, 19. Mai. Gestern nachmittag ertrank beim Wasserspielen im Stadtgraben die 60jährige Lehrerfrau Constantia Nowak geb. Niedzialk. Sie ist wahrscheinlich ausgeglitten und stürzte in den Graben gestürzt und auf diese Weise ertrunken. Der Fall ist insofern besonders schmerlich und traurig, als der Mann der Ertrunkenen alt und gebrechlich ist und außerdem noch im Haushalt die über 90 Jahre alte erblindete Mutter der Verunglückten lebt. — Der Oberpräsident hat zu den Kosten der am nächsten Sonntag stattfindenden Bannerweihe des Deutschen Männervereins 200 M. bewilligt. — Die Rote Kreuz-Sammlung hat hier 86 M. ergeben.

□ Königsberg i. Pr., 19. Mai. Eine Vereinigung ostpreußischer Anwälte zur Reform der Rechtsanwaltschaft hat sich in Königsberg zu dem Zwecke gebildet, der Überfüllung des Anwaltsstandes durch eine zeitgemäße Reform, insbesondere durch Einführung weiterer Zulassungsbeschränkungen, als sie bisher bestehen, entgegenzutreten. Der Verein zählt 110 ostpreußische Anwälte, das ist über ein Drittel der Anwälte des Oberlandesgerichtsbezirks Königsberg zu Mitgliedern.

## Ein Wachtmeister wegen Spionage zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

\* Königsberg i. Pr., 19. Mai. Vor dem Kriegsgericht der ersten Division hatte sich heute der Wachtmeister und Regimentschreiber Emil Dobinsky von der 3. Schwadron des Kürassierregiments Nr. 3 wegen Vertrags militärischer Geheimnisse zu verantworten. Er ist seit 1901 im Dienst und bisher nicht vorbestraft. Auf Antrag des Anklagevertreters wird für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Dobinsky wurde wegen Verbrechens (§§ 1 und 2 des Spionagegesetzes vom 3. Juni 1893) sowie wegen einfachen Ungehorsams und Ungehorsams, wodurch ein erheblicher Schaden herbeigeführt worden ist, ferner wegen passiver militärischer Bestechung zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Verlust. Ansichtung an dem Heere. Stellung unter Polizeiaufsicht, 30 000 Mark Geldstrafe oder weitere 8 Monate Zuchthaus und zum Erfolg des durch sein Verschulden herbeigeführten Schadens verurteilt. Die Begründung des Urteils war nicht öffentlich.

## Aus dem Gerichtssaal.

ke. Posen, 13. Mai. Erste Strafkammer. Der Arbeiter Felix Witkowski hatte sich einer ganzen Anzahl strafbarer Handlungen zu verantworten. Ende März hatte er bei einem Gutsbesitzer in Kapitzka unter dem Namen „Dobinski“ Stellung angenommen. In Gniezen hatte er sich unter demselben Namen auf dem Polizeibureau gemeldet und eine Reiseunterstützung erhalten; nach wenigen Tagen wurde er aus seiner Stellung wegen Arbeitslosen entlassen, fand dann an zu töben und zu schimpfen und folgte der wiederholten Aufforderung, das Gehört zu verlassen, nicht. Am 24. März hatte er den Tod seines Kindes ebenfalls unter dem falschen Namen „Dobinski“ angemeldet. Als er dann zwei Tage später eine neue Arbeitsstelle antreten wollte und es ihm an Reisegeld fehlte, versuchte er sich auf den Namen seines bisherigen Arbeitgebers Geld zu erschwindeln. Die Fälschung wurde aber sofort erkannt, worauf W. festgenommen wurde. Dabei widerstand er sich und lärmte durchbar. In der Nacht beschädigte er die Zelle und versuchte auszubrechen, wurde aber überwältigt und gefesselt. Während der Untersuchungshaft wurde erwittelt, daß er sich in Janowitz auf eine von dem richtigen Dobinski erhalten Anstellungsberechtigung eine neue Quittungsfaktur hatte ausstellen lassen unter dem Vorzeichen, daß er seine alte verloren habe; diese diente ihm fortan als Legitimation. Der Angeklagte wurde, da er bereits neunmal vorbestraft ist, wegen Beleidigung, Hausfriedensbruchs, Widerstandes, schwerer Urkundenfälschung und Betrugs im Rückfalle und Sachbeschädigung zu insgesamt 9 Monaten Gefängnis und 4 Wochen Haft verurteilt. Die Begründung des Urteils war nicht öffentlich.

## Die Ereignisse in Durazzo.

Oesterreich als Schützer des Fürsten von Albanien.

Öfen-Pest, 19. Mai. Anlässlich der Ereignisse in Durazzo richtete Graf Andrássy in der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation die Bitte an den Minister, möglichst rasch Fürsorge zu treffen, damit im Notfalle Oesterreich-Ungarn es sei, daß den Fürsten, den Europa dahin gesetzt habe, schütze.

## Wiederherstellung des Kaiseriums in China?

London, 20. Mai. (Privattelegramm.) Blättermeldungen aus Peking berichten von bevorstehenden Staatsumwälzungen, nämlich der Umwandlung der Republik wieder zum Kaiserreich. Quanschikai lasse sich nur noch als Kaiser anreden, während der Vizepräsident des Republik einem Gefangenen gleiche. Der Staatsstreit sei nur eine Frage der Zeit.

## Telegramme.

Die englischen Arbeiter in Berlin.

Berlin, 20. Mai. In seiner Begrüßungsrede an die englischen Arbeiter hob das Herrenhausmitglied Geheimrat v. Böttiger von den Elbersfelder Farbwerken hervor, infolge der Ausfachung durch die deutsche Konkurrenz habe England den Wettkampf noch tatkräftiger als früher aufgenommen, und es sei heute das reichste Land der Welt. Es dürfe zwischen uns

und ihm weder Neid noch Zwieträcht geben. Es fiel auf, wie gut die englischen Arbeiter die deutsche Sprache beherrschen. Heute werden sie im Rathaus begrüßt werden.

## Revolutionäre Drohung mit dem Massenstreik.

Leipzig, 19. Mai. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt bei Besprechung der preußischen Wahlrechtsfrage, es halte jetzt kein Mundspitzen mehr, es muß gespißt werden. Es gebe keinen anderen Weg als den politischen Massenstreik, und verweist auf die Erfolge, die in Hamburg und Gera erzielt seien.

## Kaiser Franz Joseph.

Wien, 19. Mai. Vom Besinden des Kaisers wird amtlich mitgeteilt, daß die katholischen Erscheinungen in den Bronchien der rechten Lunge geringer waren und der Hustenreiz minder. Der Kaiser verbrachte heute eine Stunde in der Kleinen Galerie und hielt die üblichen Empfänge ab.

## Trennung von Staat und Kirche in Wales.

London, 20. Mai. Das Unterhaus hat heute den Gesetzentwurf über die Trennung von Kirche und Staat in Wales in 3. Lesung mit 328 gegen 251 Stimmen angenommen.

## Bevorstehender Rücktritt des französischen Kabinetts?

Paris 19. Mai. Am Abend herrschte hier der Eindruck vor, daß der Ministerpräsident sich mehr und mehr mit dem Gedanken eines Rücktritts des Kabinetts vertraut mache.

## Sabotage.

Paris, 20. Mai. Der Zug der französischen Südbahn, der gestern abend 9½ Uhr über den Bahnhof Agen durchfuhr, entgleiste 20 Minuten später, weil die Schienen in einer Ausdehnung von 30 Meter in verbrecherlicher Weise gelockert waren. Durch die Geistesgegenwart des Maschinenführers wurde ein entsetzliches Unglück verhütet.

## Im Gasdunst erstickt.

Malaga, 20. Mai. An Bord des deutschen Dampfers „Schleswig“ hatte sich in einem Vorraum Gas angehäuft. Ein Hilfstoß, der in den Raum hinabstieg, erstickte. Drei andere Matrosen, die ihn retten wollten, fanden auf gleiche Weise den Tod. Einen fünften Matrosen, der mit einem Rauchhelm versehen hinabstieg, gelang es, nur noch die Leichen zu bergen.

## Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 19. Mai. Nachmittagsziehung.

Es fielen:

15 000 Mark auf Nr. 194 335.

10 000 Mark auf Nr. 80 343.

5 000 Mark auf Nr. 35 875 37 912 108 611 133 845.

3 000 Mark auf Nr. 4359 4897 12 258 27 317 30 374

31 087 46 144 55 336 57 174 57 826 68 019 91 665 96 896 100 836

118 821 122 311 123 709 126 654 142 143 151 368 152 344 184 282

206 099 213 774 217 617 218 939 222 889 225 627. (Ohne Gewähr.)

## Meteorologische Beobachtungen in Posen.

Datum und Stunde.	Barometer reduz. auf 0° in mm; 79 m Seehöhe	Wind	Temperatur in Cels. Grad
19. nachm. 2 Uhr	760,0	NW fr. W.	klar +24,0
19. abends 9 Uhr	759,4	NW leicht. W.	klar +15,8
20. morgens 7 Uhr	760,7	NW mäß. W.	heiter +10,2
Grenztemperaturen der letzten 24 Stunden, abgelesen am 20. Mai, morgens 7 Uhr:			
20. Mai	Wärme-Maximum: + 24,7° Cels.		
20.	Wärme-Minimum: + 10,4°		

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Zuckerberichte.

Hamburg, 19. Mai nachm. 2,10 Uhr. Rüben-Zucker 1. Prod. Basis 88% Rendement neue Urfance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für Mai 9,57%, für Juni 9,60, für Juli 9,70, für August 9,77½, für Oktober-

Liverpool, 19. Mai, nachm. 4.10 Uhr. Baumwolle. Um 1000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen.

Zentren: Stetig.

Amerikanisch middling Lieferungen: kaum stetig. Mai-Juni 7.13. Juni-Juli 6.98. Juli-August 6.95. August-Septbr. 6.80. September-Oktober 6.59. Oktober-November 6.50. November-Dezember 6.43. Dezember-Januar 6.41. Januar-Februar 6.41. Februar-März 6.41.

#### Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 19. Mai. (Schluss-Kurie.) 31/2 Prozent. Schlesische Pfandbriefe Alt. A. 87.40. 4proz. Poln. Pfandbriefe (sprob. Courvoisier) 80.50. Bresl. Diskontobank-Akt. —. Schles. Bank-Aktien 151.40. Archimedes-Aktien 124.00. Bresl. Spirit-Akt.-Ges.-Akt. 431.00. Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 153.00. Donnersmarckhütte-Aktien 370.75. Eisenhütte Silesia Akt.-Ges.-Aktien 114.50. Hohenlohe-Werke Akt.-Ges.-Aktien 105.00. Kattowitz Bergbau-Aktien 211.00. König- und Laurahütte-Aktien 144.50. Niederschles. Elektro- und Kleinbahnen-Aktien 155.75. Oberschles. Eisenbahnbedarf-Akt. 83.50. Oberösl. Eisen-industrie-Aktien 69.00. Oberösl. Potom. Chem. Fabr.-Aktien 216.00. Oberschles. Portland-Cement-Akt. 154.00. Oppeln Cement (Grundmann) Akt. 153.00. Portland-Cement (Giesel) Akt. 154.00. Schles. Elektro- und Gas Akt. A. 182.00. Schles. Elektro- u. Gas Akt. B. Akt. 179.00. Schles. Leinenindustrie Gramsta Akt. 106.00. Schles. Cement (Großschwitz) Akt. 158.50. Schles. Zinkhütten-Aktien 349.00. Silesia Verein. chem. Fabrik-Aktien 169.75. Verein Freiburger Uhrenfabriken 119.50. Ruhmener Zuckerfabrik-Aktien 146.00. Russische Banknoten 214.40. Fest.

Frankfurt a. M., 19. Mai, nachm. 2 Uhr 30 Min. 3 Prozent. Reichsanleihe 77.65. 4proz. Hessische Staatsrente 75.25. 4proz. Österr. Goldrente 88.00. 4proz. Österr. eins. Rente Kron. in Kronen 81.30. 3proz. Russ. unif. Anl. 3. Serie 64.60. 3proz. Rumänien amort. Akt. 03. 100.00. 4proz. Russ. Rente Akt. von 1880 —. 4proz. Russ. Akt. 92. 89.50. 4prozent. Serbische amort. Rente 95. 79.00. 4proz. Türk. Rente unif. Anl. 03 —. Türk. 400-Francs-Losse ult. 166.00. 4proz. ung. Goldr. 81.20. 4proz. ung. Staatsrente in Kronen 80.50. 3proz. Mer. äußere Anl. 84.50. Berl. Handelsges. ult. 151.00. Darmstädter Bank ult. 117.00. Deutsche Bank ult. 241.25. Diskonto-Kreditmandat ult. 187.50. Dresden Bank ult. 149.90. Mittels. Kreditbank 116.20. Nationalbank f. Deutschland 110.75. Österr. Kredit ult. 192.00. Reichsb. —. Rhein. Kreditb. 128.80. Schaffh. Bankverein 109.40. Österr. ung. Staatsb. ult. 152.1. Österr. Südbahn (Lomb.) ult. 20%. Ital. Mittelmeer —. Balt. - Ohio ult. 91.7. Anat. G.-B. ult. —. Prince Henri ult. 156.00. Adlers. Meier 326.50. Altm. Berlin 312.00. Allg. Elekt.-Gesell. per ult. 244.50. Lohmeyer u. Co. —. Schudert ult. 146.7. Alumin. Indust.-Aktien 263.00. Bad. Anilin u. Sodaefabrik 607.50. Höchster Farbm. 598.50. Holzverkohl. Indust. Konstanza 306.50. Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Peter 80.00. Kunst. Frankf. —. Bochumer Gußstahl ult. 221.00. Gelsen. Bergb. 182.7. Harp. Bergb. 178.75. Westergelin Alsfeldw. 203.40. Höhne. Bergbau ult. 235.00. Laurahütte ult. 144.75. Verein deutscher Ölsofas 168.50. Prudidatson 21/2. London kurz 20.465. Paris kurz 81.400. Wien kurz 84.950. Hamburger A. P. A. G. 128.7. Norddeutscher Lloyd 112.50. Gut behauptet.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 192.00. Diskonto-Kreditmandat 187.50. Fest.

Frankfurt a. M., 19. Mai, abends. (Abendbörse). (Schluss.) 4proz. Türk. unif. Anl. —. Türk. 400-Francs-Losse —. Berliner Handelsges. —. Darmstädter Bank 116.2. Deutsche Bank 240.50. Dresdner Bank —. Diskonto-Kreditmandat 187.50. Nationalbank f. Deutschland —. Österr. Kreditanst. 192.00. Österr. - Ung. Staatsb. 152.1. Österr. Südb. (Lomb.) 20.75. Baltim. Ohio 92.00. Hamb. A. P. A. G. —. Nord. Lloyd 111.75. Allg. Elekt.-Gesell. —. Schudert 146.25. Bochumer Gußstahl 220.25. Deutsch. Luxemb. Bergwerk 126.7. Gelsenkirchener Bergn. 181.7. Harpener Bergb. —. Höhne. Bergbau 233. Laurahütte —. Schwächer. Montanwerke schwankend. Die Nachrichten aus Albanien verhinderten.

Gold- und Silberscheideaufhalt 617.00. Chemische Albert 400.00. Daimler Motoren matt 390.00.

Nachbörse: Bochumer Gußstahl 220.00.

Deutsche Anleihen.

	Dr. Hyp. Pfbr. VII	4	95.25 G.	Pr. Bodr. 1905	3 1/2	87.50 G.	Macedonien Prior.	3	60.50 G.
Reichs- p. 1. 8. 14 4	100.10 G.	VIII	3 1/2	85.00 br. G.	Österr. Südb.-Pr.	2 1/2	50.50 G.		
ichas- p. 1. 4. 15 4	100.30 G.	XIX	4	96.50 G.	Lehanteuer Nat.	5			
cheine- p. 1. 5. 16 4	100.10 G.	Hamb. unif. 1900	4	94.50 br. G.	Gr. Russ. Staats-				
Pr. Schaf- p. 1. 4. 15 4	100.30 G.	—	4	95.00 br. G.	bahn-Prior.	3			
Deutsche Reichsanl. 3 1/2	88.80 G.	1908	3 1/2	84.00 G.	Kursl.-Kien.	4	85.90 B.		
3	77.40 G.	1909	4	93.80 G.	Mosl.-Kiev. Wiss.	1/2	94.80 G.		
4	—	1908	3 1/2	84.00 G.	Mosl.-Rjukan.	4	86.70 G.		
Fr. konf. St.-Anl. 3 1/2	86.80 G.	Meininger II, VI, VII	4	94.60 br. G.	Smolensk.	4	84.90 G.		
3	77.40 br. G.	VIII, IX	4	94.50 br. G.	Wb.-Höfsl.	4	84.90 G.		
3	89.90 br. G.	tonv.	3 1/2	86.00 br. G.	Rjss.-Rozlow.	4	85.00 br.		
Bad. Staats-Anl. 4	97.10 G.	Präm.	4	—	Metall	30	416.50 br. G.		
Bayr. Staats-Anl. 4	98.20 G.	Nordb. Gründt. III	4	93.60 br. G.	Uralst.	4	84.90 B.		
Bremer Anleihe 3 1/2	84.75 G.	VII	3 1/2	—	Uralst. 1897	4	84.80 G.		
Dt. Pfdsbr.-A. Pos. 4	96.80 G.	Pr. Boden 1917	4	94.30 br. G.	Rif. Südb.-Pr.	4	84.80 br. G.		
Hess. St.-Anl. v. 99 4	—	1913	4	94.30 br. G.	Mybinsk.-Bolog.	4	84.80 br. G.		
Hamb. Staats-Anl. 3 1/2	—	1916	4	94.75 G.	Transautafer Pr.	3	—		
amort. 1900 4	98.10 G.	1911	3 1/2	85.70 br. G.	Wladislaw. 09	1/2	94.60 G.		
2 1/2	—	Bodrb.-Pfdbr.	3/8	88.10 br. G.	—	1912	4 1/2	94.40 br. G.	
Büdeder Anleihe 3 1/2	—	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94.10 G.	1913	4 1/2	94.40 br. G.		
Berl. Staats-Oblig. 3 1/2	97.60 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94.30 br. G.	St. Louis St. 1931	5	—		
Ostpr. Pr.-Obl 8-9 4	93.75 G.	v. 1890. 1. 4. 1. 10.	4	94.10 G.	Refund	4	75.50 br. G.		
Pos. Prov.-Anl. 3 1/2	93.90 G.	Pr. Bodr. 1917	4	94.30 br. G.					
Pos. St.-Anl. I-III 3 1/2	83.50 G.	1909	1. 1. 1. 7.	4	94.00 br. G.				
1900 4	96.50 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
Landsch. Rentz. 4	94.75 G.	1910	1. 1. 1. 7.	4	94.10 G.				
neue 3	77.25 br. G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
Ostpreußische 3 1/2	85.10 G.	1916	1. 1. 1. 7.	4	93.70 br. G.				
Pommersche 3 1/2	86.50 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
3	76.00 br. G.	1917	1. 1. 1. 7.	4	—				
Posensche alte 4	101.10 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
D. 4	95.50 G.	1919	1. 1. 1. 7.	4	94.00 br. G.				
E. 4	95.20 G.	1919	1. 1. 1. 7.	4	94.00 br. G.				
Lit. C. 3 1/2	91.90 br. G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
A. 3	91.50 G.	v. 1886/1889. ver-	3 1/2	84.40 br. G.					
B. 3	83.60 G.	schieden	3 1/2	84.40 br. G.					
neue 4	94.20 br. G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
Schl. altdeut. 4	95.60 G.	v. 1894/1896. ver-	3 1/2	84.40 br. G.					
landich. A 3 1/2	87.40 G.	schieden	3 1/2	84.40 br. G.					
landich. 3	77.60 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
Westpreuß. 3 1/2	86.75 G.	von 1904, unifb.	4	—					
Posen 3 1/2	85.80 G.	1913	1. 1. 1. 7.	4	96.00 br. G.				
Preußische 3 1/2	85.80 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	—					
Schlesische 4	95.30 br. G.	1913, 1. 1. 1. 7.	4	96.00 br. G.					
Brück. 20 L.-St. —	203.75 br. G.	Pr. Kom.-Obligat.	4	—					
Kön.-Wind.-Ptm. 3 1/2	142.50 G.	v. 1887/1891/1896	4	95.40 G.					
Hamb. Ptm.-Anl. 3 —	37.80 br. G.	1. 4. 1. 10.	3 1/2	86.00 G.					
Oldenburg. Losse St. 3	127.60 br. G.	Pr. Hypth.-Alt.-Bl.	3 1/2	85.25 G.					
Hypotheten-Pfandbriefe.									
Brl. abg. Hyp.-Pfd. 4	92.50 br. G.								
3 1/2	84.60 G.								
I. u. II 4	93.50 G.	abg.	2 1/2	119.40 G.					
III/IV unf. 1915 4	93.50 G.		4	92.50 br. G.					
I. unf. 1916 3 1/2	87.50 G.		3 1/2	84.25 br. G.					
Grundst. P. I 3 1/4	—		4	93.30 br. G.					
II 3 1/2	126.90 br. G.		1905 14	93.30 br. G.					
Großt. G. III/IV 3 1/2	101.30 G.	Pr. Pfandbriefb.	4	94.00 br. G.					
XVII/XVIIa 4	95.50 G.	IX/X 1909	4	94.00 br. G.					
V 3 1/2	85.00 br. G.	Pr. Pfdbrt. 1911	4	94.60 G.					

	Deutsche Anle